

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Jugosl.-MEC/BUG

Bern, den 14. November 1991

A.Bebler über den Bürgerkrieg in Jugoslawien

Auf Einladung der ZGV hielt A. Bebler, Politologe an der Universität Ljubljana und Sicherheitsberater der slowenischen Präsidentschaft, am 13. November einen Vortrag, vor allem aus dem militärischen Blickwinkel, über den Bürgerkrieg in Jugoslawien:

Der im Gang befindliche Bürgerkrieg ist als fünfter Balkankrieg einzustufen. Seine besondere Tragik liegt darin, dass er zu einem guten Teil eine Wiederholung des Bürgerkrieges während des Zweiten Weltkrieges darstellt.

Neben den bekannten ethnischen Problemen in der Krajina und Slavonien gibt es eine Reihe von strategischen Gründen, die einen Rückzug der Bundesarmee aus Kroatien für die serbische Führung als unannehmbar erscheinen lassen:

-Krajina:

Alle wichtigen Verbindungen von Zagreb an die Adriaküste (Eisenbahn, Autobahn, Pipelines) verlaufen durch die Krajina, also durch serbisches Siedlungsgebiet.

-Dubrovnik:

Die Stadt selbst hat keine strategische Bedeutung, unmittelbar östlich davon liegt jedoch ein Marinestützpunkt, der als einziger Hafen für die Bundesmarine in Frage kommt. Will die serbische Führung weiterhin - und daran ist nicht zu zweifeln - eine Kriegsflotte beibehalten, muss sie Dubrovnik und den Stützpunkt ganz in ihre Gewalt bringen. Die Kampfverbände um Dubrovnik werden von freiwilligen Montenegrinern unterstützt. Die Kroaten sind hier stark in der Defensive.



-Slavonien:

Slavonien ist relativ gut industrialisiert und verfügt über Erdölvorkommen. Das Grenzgebiet zur Vojvodina dürfte mit dem zu erwartenden Fall Vukovars ganz unter serbische Kontrolle geraten.

Gefahr der Ausdehnung des Konflikts

Die Gefahr der Ausdehnung des Bürgerkriegs besteht vor allem hinsichtlich der moslemischen Gebiete in **Bosnien-Herzegowina**. Wenn diese Gebiete in den Konflikt hineingezogen werden, ist mit einer Kettenreaktion im vorwiegend von Moslems bewohnten Sandžak, der zu Serbien und zu Montenegro gehört, und im Kosovo zu rechnen. Falls es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Kosovo-Albanern kommt, was wahrscheinlich ist, entsteht die akute Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Serbien und Albanien, das die Kosovo-Albaner mit grösster Sicherheit verteidigen wird. Wenn die bewaffneten Auseinandersetzungen auf das Kosovo übergreifen sollten, dürften auch die serbischen Minderheiten im Norden Mazedoniens in den Bürgerkrieg hineingezogen werden. Die Kosovo-Albaner verfolgen vorderhand eine Politik der Nichtkonfrontation und versuchen, jeden Vorwand für eine serbische Intervention im Kosovo zu vermeiden.

Nicht ausgeschlossen werden kann auch, dass die ungarische Minderheit in der Vojvodina in serbische Bedrängnis gerät, was wiederum eine Reaktion Ungarns nach sich ziehen müsste.

Eine Eskalation ohne Eröffnung neuer Fronten liegt ebenfalls im Bereich des Möglichen. Gemäss unbestätigten Gerüchten sollen auch schon chemische und bakteriologische Waffen nichtprofessioneller Fertigung eingesetzt worden sein.

Beendigung des Konflikts

Eine Lösungsmöglichkeit des Konflikts in näherer Zukunft ist nicht in Sicht. Die vereinbarten Waffenstillstände wurden immer wieder von nicht regulären Truppen beider Seiten gebrochen, was zur entsprechenden Reaktion der regulären Einheiten

führte. Die Freischärler und Privatarmeen der Kroaten sind kaum unter politischer Kontrolle und handeln militärisch oftmals eigenständig. Die serbische Militärführung und die serbischen Freischärler stimmen ebenfalls nicht immer mit ihrer politischen Führung überein. Die nichtregulären Einheiten machen schätzungsweise nur etwa 2 % der Kämpfenden aus, sind aber sehr aktiv. Ihr Kampfwert sollte dennoch nicht überschätzt werden.

Ein Ende der Bürgerkrieges infolge **wirtschaftlicher Erschöpfung Serbiens** erscheint unwahrscheinlich, obwohl die Probleme grösser werden. Ein Oeilembargo wird Teile der Industrie lähmen, die Landwirtschaft beeinträchtigen und in den Städten Heizprobleme entstehen lassen. Zunehmende Schwierigkeiten wird Serbien auch durch das Wegfallen der Exportmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Produkte (Devisenmangel) hinnehmen müssen. Andererseits haben die Serben fruchtbare Gebiete in Slavonien eingenommen und geplündert. Von der Versorgungslage her könnte der Krieg leicht ein paar Jahre dauern.

Ein Sturz Miloševićs ist kaum denkbar, dafür ist die Opposition zu schwach. Die nächsten Wahlen stehen erst für 1993 an, aber selbst wenn die Kommunisten heute Wahlen verlieren würden, würde Milošević mit Bestimmtheit wieder gewählt. Ein vorzeitiger Abgang von der Politbühne des zu allem entschlossenen Präsidenten ist nur für den Fall eines baldigen Selbstmordes zu erwarten (sein Vater, Priester, und seine Mutter, Lehrerin, haben sich beide in relativ jungen Jahren umgebracht).

Ein Lösungsansatz zur Beendigung der Kämpfe könnte möglicherweise darin bestehen, mit dem Einsatz von Friedenstruppen Sicherheitskorridore zu schaffen, längs derselben die verfeinerten Truppen sich von der Front zurückzuziehen hätten.

Danach müsste das serbische Gebiet in Kroatien unter internationale Kontrolle gestellt und mit politischer Autonomie ausgestattet werden. Dieses Gebiet wäre aber wirtschaftlich nicht lebensfähig und würde mit Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft zur Last fallen. Je länger jedoch der

Krieg dauert und je mehr der Hass und die Leidenschaften geschürt werden, desto weniger realisierbar wird diese Möglichkeit.

Bisherige Auswirkungen

Die Serben haben bis jetzt 28 % des kroatischen Territoriums und 8 % der kroatischen Bevölkerung unter ihre Kontrolle gebracht.

Die Bürgerkriegswirren haben grosse Flüchtlingsbewegungen verursacht:

200'000 kroatische Flüchtlinge sind in Kroatien verblieben. 50'000 Kroaten sind nach Ungarn, 22'000 nach Slowenien und 28'000 nach Westeuropa geflohen. 130'000 Serben sind in die Vojvodina, nach Bosnien oder innerhalb Serbiens geflohen. Die gesamte Flüchtlingszahl ist damit auf 430'000 gestiegen.

Kopien an:

- ZGV, Herrn J.-F. Mayer
- PA I
- PA III, Herrn P. Braunschweig
- Koordinator für intern. Flüchtlingspolitik
- DEH
- BAWI
- Schweiz. Botschaften in: Athen, Belgrad, Bonn, Budapest, Den Haag, London, Paris, Rom, Sofia, Wien, Washington